



## Medienmitteilung

Zürich, 16. April 2021

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 19. April 2021**

Fokusthema: **Initiativen**

#### **Entgegennahmen zu Gewalt, Bildung, Wirtschaft, Ökologie und Medizin**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag zu Beginn der Sitzung zwei Motionen und sechs Postulate behandeln, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Vorstösse entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste, und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine allfällige Überweisung entscheiden. SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel bittet, unterstützt von der Mitte, den Regierungsrat, eine Strategie auszuarbeiten, die präventiv gegen Kindesmisshandlungen wirkt ([KR-Nr. 461/2020](#)). AL-Kantonsrätin Judith Stofer fordert mit breiter Unterstützung die Regierung auf, die Öffentlichkeit regelmässig in einem Bericht über die Wirksamkeit aller Massnahmen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt zu informieren ([KR-Nr. 477/2020](#)). FDP-Kantonsrätin Raffaella Fehr verlangt mit Unterstützung von SVP und Grünen eine gesetzliche Grundlage für eine Eigentümerstrategie der Zürcher Fachhochschule (ZFH) ([KR-Nr. 4/2021](#)). FDP-Kantonsrat Martin Huber, unterstützt von SVP und GLP, bittet den Regierungsrat, aufzuzeigen, wie Unternehmen Behördengänge in einem One-Stop-Shop erledigen können ([KR-Nr. 5/2021](#)). Mit einem weiteren Vorstoss fordert er, breit unterstützt von SVP, GLP, Grüne, Mitte und EVP, im Planungs- und Baugesetz sei eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die es den Gemeinden ermöglicht, Solaranlagen auf Flachdächern im Meldeverfahren zu bewilligen ([KR-Nr. 10/2021](#)). Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) lädt den Regierungsrat ein, zu prüfen, wie künftige kantonale Bauten, wenn immer möglich, aus Holz gebaut werden können ([KR-Nr. 33/2021](#)). SVP-Kantonsrätin Elisabeth Pflugshaupt fordert die Regierung mit Unterstützung aller Fraktionen auf, aufzuzeigen, welche Massnahmen der Kanton Zürich in Bezug auf eine im vergangenen Dezember vom Ständerat überwiesene Motion «Für eine angemessene Finanzierung der Palliative-Care» bereits umgesetzt hat und wo er noch Handlungsbedarf feststellt ([KR-Nr. 41/2021](#)). Und EDU-Kantonsrat Hans Egli will mit Unterstützung von SP, GLP, Grünen und EVP vom Regierungsrat wissen, wie die Notfallversorgung der Randregionen verbessert werden kann ([KR-Nr. 42/2021](#)).

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62

Judith Stofer (AL, Zürich), 079 280 89 02

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

Martin Huber (FDP, Neftenbach), 078 649 38 95

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau), 079 352 72 91

Hans Egli (EDU, Steinmaur), 076 526 79 26

### **Schlussabstimmungen zur MuKE-Vorlage**

Voraussichtlich zum Abschluss wird am Montag die parlamentarische Beratung der Umsetzung der «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, Ausgabe 2014» (MuKE 2014) kommen ([5614](#)). Nachdem der Kantonsrat Ende März in der zweiten Lesung noch einige Präzisierungen und Kompromisse eingefügt hat, geht es in der dritten Lesung nur noch um formelle, unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Anschliessend ist die Vorlage bereit für die Schlussabstimmung. Mit der Änderung des Energiegesetzes soll künftig beim Ersatz einer Öl- oder Gasheizung vollständig auf erneuerbare Energien gesetzt werden müssen.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

### **Mit fortschrittlichen Rahmenbedingungen den Aufschwung nach Corona ermöglichen**

Der Regierungsrat soll mit einem «Massnahmenpaket für einen wirtschaftlichen Aufschwung» Massnahmen zu erarbeiten, welche die Wirtschaft stimulieren, den Konsum fördern, Bürokratie abbauen sowie den Digitalisierungs- und Automatisierungsprozess im Kanton Zürich gezielt vorantreiben, um Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und im Behördenkontakt zu erreichen. Dies fordert SVP-Kantonsrat Marcel Suter mit Unterstützung der FDP ([KR-Nr. 63/2021](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil es sich um ein dringliches Postulat handelt, wird der Vorstoss – anders als bei den Entgegennahmen – bei einem Antrag aus dem Rat auf Diskussion sogleich materiell behandelt.

Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

### **Prüfungsfreier Übertritt ans Gymi und Verlängerung der Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn**

Normalerweise zu keinen langen Debatten führt die Behandlung von Einzelinitiativen (EI), also von Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der zuständigen Kommission entscheidet der Rat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Eine Privatperson aus Zürich fordert mit einer EI, dass der Übertritt aus der öffentlichen Sekundarschule (Sek I) an die Maturitätsschulen in der Regel ohne Aufnahmeprüfung erfolgen soll ([KR-Nr. 475/2020](#)). Massgebend soll stattdessen die Empfehlung durch die Lehrpersonen sein. Und ein ehemaliger Kantonsrat aus Uster fordert mit einer EI einen Projektierungskredit für eine Verlängerung der Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn (SZU) vom Hauptbahnhof ins Hochschulquartier Zentrum Unispital, zur Uni Irchel und zur ETH-Hönggerberg ([KR-Nr. 476/2020](#)).

### **Parlamentarische Initiativen zu Medikamentenversorgung, Kindergärten und Corona**

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat versuchen, möglichst viele der zahlreichen traktandierten parlamentarischen Initiativen (PI) zu behandeln. Der Ablauf ist derselbe wie bei der Behandlung der vorangehenden Einzelinitiativen. Mit einer PI verlangt Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, dass der Kanton Zürich eine Standesinitiative zur Änderung der Bundesverfassung einreicht. Der Bund müsste demnach in schweren Mangellagen und Krisen die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Medikamenten

und Wirkstoffen sichern ([KR-Nr. 172/2020](#)). GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler schlägt mit Unterstützung von SP und AL vor, die wöchentliche Unterrichtszeit im ersten Jahr des Kindergartens auf 22 Lektionen zu erhöhen, wovon 2 Lektionen nachmittags in Halbklassen unterrichtet werden müssten ([KR-Nr. 173/2020](#)). Und FDP-Kantonsrat André Müller fordert mit Unterstützung der SVP, der Kanton Zürich solle eine Standesinitiative einreichen, um die Zahl der Sonntagsverkäufe zu erhöhen und damit den wirtschaftlichen Schaden wegen der Corona-Pandemie zu reduzieren ([KR-Nr. 174/2020](#)).

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), 077 255 27 56

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

André Müller (FDP, Uitikon), 079 740 37 38

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Roman Schmid, Kantonsratspräsident, 079 581 88 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich  
Telefon: 043 259 20 12 – [ronny.nicolussi@pd.zh.ch](mailto:ronny.nicolussi@pd.zh.ch)